

Westafrika News 2018

Liberia 22.01.2018

George Weah als Liberias Präsident vereidigt

Der ehemalige Fußballstar George Weah ist als Liberias neuer Präsident vereidigt worden. An der Zeremonie in einem Stadion nahe der Hauptstadt Monrovia nahmen neben zahlreichen afrikanischen Staatsoberhäuptern auch Freunde und frühere Mannschaftskollegen des 51-Jährigen teil. Für Liberia ist es die erste Amtsübergabe zwischen zwei demokratischen gewählten Regierungschefs seit 1944. Vor dem Stadion bildete sich eine kilometerlange Schlange. Die wartenden Menschen sangen, tanzten und schwenkten die liberianische Flagge. Weah folgt auf Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson Sirleaf, die zwölf Jahre an der Spitze des Landes stand. Der einstige Weltfußballer hatte im Dezember die Stichwahl gegen Vizepräsident Joseph Boakai klar gewonnen. Weah hat versprochen, die Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt seiner Präsidentschaft zu stellen. In Liberia wütete zwischen den Jahren 1989 und 2003 Bürgerkriege mit 250.000 Toten. Liberia gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, es belegt auf dem Entwicklungsindex der UNO Platz 177 von 188.

Mali 25.01.2018

Mindestens 22 Tote nach Explosion und Kämpfen

Bei der Explosion eines Sprengsatzes und bei Kämpfen mit mutmasslichen islamistischen Terroristen sind in Mali insgesamt 22 Menschen getötet worden. In der zentralen Region Mopti fuhr am Donnerstag ein von der Grenze zu Burkina Faso kommendes Fahrzeug in der Nähe des Ortes Boni auf einen Sprengsatz. Dabei starben 13 Menschen, zwei weitere wurden schwer verletzt, wie ein Militärsprecher erklärte. Wenige Stunden zuvor sei es bei Youwaro in der gleichen Region auch zu Kämpfen mit Islamisten gekommen, fügte der Sprecher hinzu. Dabei sind zwei Soldaten und sieben Angreifer getötet worden. Vor allem die Sahara-Gebiete im Norden Malis dienen Milizen und islamistischen Extremisten, die mit Al-Kaida in Verbindung stehen, als Rückzugsgebiet. Zuletzt kam es jedoch immer häufiger auch zu Anschlägen und Angriffen im Zentrum des Landes.

Burkina Faso

03.03.2017

Terrorattacke in der Hauptstadt Ouagadougou

Zu den tödlichen Angriffen auf das Armeehauptquartier im westafrikanischen Burkina Faso sowie auf die französische Botschaft in der Hauptstadt Ouagadougou hat sich die Jihadistengruppe JNIM bekannt. Dabei sei es um Vergeltung für den französischen Militäreinsatz im Nachbarland Mali gegangen, hiess es in einer Erklärung der "Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime" (Jama'at al-Nusrat al-Islam wa al-Muslimin), die die private mauretanische Agentur Al-Akhbar am Samstag verbreitete. Die Angriffe waren die "Antwort" auf den Tod mehrerer JNIM-Anführer bei einem französischen Militäreinsatz im Norden Malis vor zwei Wochen, zitierte Al-Akhbar aus der Erklärung. Die JNIM wird von dem malischen Touareg Iyad Ag Ghaly angeführt. Die Angreifer in Ouagadougou hatten am Freitag das Armeehauptquartier sowie die französische Botschaft in der Hauptstadt Ouagadougou attackiert. Dabei wurden acht Sicherheitskräfte sowie acht Angreifer getötet. Augenzeugen berichteten von bewaffneten Männern, die im Zentrum der Stadt aus einem Auto gesprungen seien und das Feuer auf Passanten eröffnet hätten. Dann waren sie Richtung französische Botschaft gestürzt. Zeitgleich war auch eine Autobombe vor dem Hauptquartier der Armee und dem benachbarten französischen Kulturzentrum explodiert. Der französische

Staatspräsident Emmanuel Macron war fortlaufend über das Geschehen informiert, hiess es aus dem Elysée-Palast in Paris. Die französischen Staatsbürger in Ouagadougou wurden von der Botschaft gebeten, ihre Häuser nicht zu verlassen. Das Auswärtige Amt in Berlin forderte deutsche Reisende auf, "Bewegungen in Ouagadougou vorerst zu vermeiden, in sicheren Unterkünften zu bleiben", die örtlichen Medien zu verfolgen und Anweisungen von Sicherheitskräften unbedingt Folge zu leisten.

Sierra Leone

05.04.2018

Ex-Juntachef Bio gewinnt Präsidentenwahl

Im westafrikanischen Sierra Leone hat der Oppositionskandidat Julius Maada Bio nach Angaben der Wahlkommission die Präsidentschaftswahl gewonnen. Bio hat 51,8 Prozent der Stimmen erhalten, teilte die Wahlkommission am Mittwoch mit. Der Kandidat der Regierungspartei, Samura Kamara, kam demnach auf 48,2 Prozent. Das offizielle Ergebnis der Wahl vom 31. März hatte sich wegen eines Streits über die Methode zur Stimmauszählung verzögert. Bereits vor Verkündung des Wahlergebnisses hatten Kamara-Anhänger am Mittwoch in der Hauptstadt Freetown demonstriert, Plakate von Bio abgerissen und den Vorwurf einer "ausländischen Einmischung" in die Wahl erhoben, wie ein AFP-Reporter berichtete. Sicherheitskräfte riegelten die Zentrale von Bios Partei SLPP ab, wo sich hunderte Anhänger des Oppositionskandidaten versammelt hatten. Sie feierten bereits vor Verkündung des offiziellen Ergebnisses den Wahlsieg Bios. Julius Maada Bio hatte bereits die erste Wahlrunde knapp gewonnen. Bio hatte im Januar 1996 mit einem Putsch den damaligen Militärmachthaber Valentine Strasser gestürzt und bis zur ersten freien Wahl in Sierra Leone wenige Monate später vorübergehend die Regierungsgeschäfte übernommen. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 war er Amtsinhaber Ernest Koroma unterlegen. Dieser durfte nun nach zwei Mandaten nicht mehr antreten. Der bisherige Aussenminister Kamara gilt seit Jahrzehnten als politischer Strippenzieher des westafrikanischen Landes. Es war die erste Präsidentenwahl in Sierra Leone nach der verheerenden Ebola-Epidemie, bei der fast 4.000 Menschen starben. Die Wirtschaft brach in den Jahren von 2014 bis 2016 um ein Viertel ein. Die Stärkung der Wirtschaft und Wiederaufbaumaassnahmen nach einem Erdbeben mit rund 1.000 Toten in der Hauptstadt Freetown zählen zu den vorrangigen Aufgaben des neu gewählten Präsidenten.

Mali 16.04.2018

Blauhelme schlagen Angriff zurück und töten 15 Rebellen

Bei einem Angriff auf einen UNO-Stützpunkt im malischen Timbuktu am Wochenende waren nach Angaben der französischen Streitkräfte rund 15 Angreifer getötet worden. Einige der Aufständischen waren ausserhalb der Militärbasis getötet worden, sagte ein Sprecher der französischen Armee am Sonntag. Einigen von ihnen war es auch gelungen, als Blauhelmsoldaten verkleidet auf das Militärgelände in der Nähe des Flughafens von Timbuktu vorzudringen. Ihr Ziel, maximalen Schaden anzurichten, hätten sie aber verfehlt, sagte der Sprecher. Bei dem gross angelegten und rund vier Stunden andauernden Angriff war nach UNO-Angaben ein Blauhelmsoldat getötet worden. Sieben Blauhelmsoldaten sowie zwei Zivilisten wurden verletzt. Die französische Armee erklärte, sieben ihrer Soldaten waren verletzt worden. Die malischen Behörden hatten zunächst von dutzenden verletzten französischen Soldaten gesprochen. Die Vereinten Nationen haben 13.000 Soldaten und Polizisten in Mali stationiert, viele von ihnen im unruhigen Norden des afrikanischen Krisenstaates.

Mali 03.08.2018

Malis Präsident Keïta muss in die Stichwahl

Gewalt und Bedrohungen überschatteten die Präsidentenwahl im westafrikanischen Mali. Amtsinhaber Keïta erhielt nicht die nötige Mehrheit. Jetzt kommt es zur Stichwahl am 12. August 2018. Der amtierende Präsident Ibrahim Boubacar Keïta muss noch einmal antreten. Auf ihn entfielen bei der Präsidentenwahl vom Wochenende zwar 41,4 Prozent der Stimmen. Damit verfehlte Keïta aber die nötigen 50 Prozent, um sich im ersten Wahlgang eine zweite Amtszeit zu sichern. Gegen ihn tritt Soumaïla Cissé an, der 17,8 Prozent der Stimmen erhielt. Überschattet wurde die Wahl durch die Bedrohung von Anschlägen extremistischer Gruppen. In einigen Teilen des Landes fiel die Stimmabgabe daher ganz aus. Die Wahlbeteiligung hatte bei 43 Prozent gelegen, mehr als acht Millionen Wähler waren registriert. Die Sicherheitslage in Mali hatte sich im Laufe der Amtszeit von Keïta verschlechtert. Diese politische Untätigkeit wurde im Wahlkampf immer wieder von der Opposition Präsident Keïta angelastet. Die Wüste im Norden Malis gilt als Rückzugsgebiet mehrerer mit Al-Kaida verbundener islamistischer Terrororganisationen. Auch im bevölkerungsreicheren Zentrum Malis gewinnen diese Gruppen immer mehr an Einfluss.

Mali 16.08.2018

Amtsinhaber Keïta als Präsident Malis wiedergewählt

Die Wähler in Mali hatten am vergangenen Sonntag offiziell zwei Optionen bei der Wahl ihres Präsidenten: Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keïta, 73, oder Oppositionsführer Soumaïla Cissé, 68. Keïta hatte nun wie erwartet die Stichwahl mit 67,17 Prozent gewonnen. Sein Herausforderer Soumaïla Cissé erhielt demnach 32,83 Prozent der Stimmen. Bei der ersten Runde der Präsidentenwahl am 29. Juli hatte Keïta nur rund 42 Prozent der Stimmen erhalten. Sein Gegner Cissé sprach von Wahlbetrug, das Verfassungsgericht bestätigte aber die Ergebnisse. Die erste Abstimmungsrunde verlief zwar weitgehend friedlich. Wegen Angriffen und anderer Zwischenfälle konnten die Wähler aber am Wochenende in Hunderten Wahllokalen im Norden und im Zentrum Malis nicht abstimmen. Der wüstenhafte Norden Malis ist das Rückzugsgebiet mehrerer mit al-Qaida verbundener islamistischer Terrororganisationen. Eine rund 14.000 Mann starke Uno-Friedenstruppe, an der sich auch die Bundeswehr mit etwa 1000 Soldaten beteiligt, bemüht sich um eine Stabilisierung des Landes.

Nigeria 18.09.2018

Über 100 Menschen sterben bei Überflutungen

Innerhalb weniger Tage sind mindestens 100 Menschen infolge schwerer Überschwemmungen in Nigeria ums Leben gekommen. Die Opferzahl in den zehn betroffenen Bundesstaaten könne noch weiter steigen, warnte der Sprecher Sani Datti von der Katastrophenschutzbehörde Nema am Dienstag. Die Überschwemmungen in dem westafrikanischen Staat wurden von heftigen Regenfällen ausgelöst, die zunächst weiter andauerten. Betroffen waren vor allem Gebiete im Zentrum und im Süden des Landes entlang der Flüsse Benue und Niger. Die Regierung rief für die vier Bundesstaaten Kogi, Niger, Anambra und Delta den Notstand aus. Die Katastrophenschutzeinheiten der Armee wurden aktiviert, wie Präsident Muhammadu Buhari über Twitter erklärte. Die Lage in acht weiteren Staaten steht Medienberichten zufolge unter Beobachtung. Tausende Menschen, die auf der Flucht vor den Wassermassen sind, würden in Notunterkünften untergebracht, hiess es weiter. Das nigerianische Wetteramt warnte, die Überschwemmungen würden dieses Jahr vermutlich schlimmer sein als jene im Jahr 2012. Damals kamen rund 360 Menschen ums Leben, rund zwei Millionen Menschen flohen vor den Wassermassen. In Nigeria ist die Infrastruktur häufig in sehr schlechtem Zustand oder existiert gar nicht. Dazu gehören zum Beispiel Staudämme oder Kanalisationssysteme, die im Fall schwerer Regenfälle helfen könnten, die Wassermassen zu regulieren. Wegen Nigerias anhaltend hohem Bevölkerungswachstum dehnen sich Dörfer oft räumlich aus und immer mehr Menschen wohnen in Gebieten bei denen Überschwemmungsgefahr besteht.

Nigeria 22.10.2018

55 Tote nach interreligiöser Gewalt

Nach tödlichen Zusammenstößen zwischen jungen Christen und Muslimen in Nigeria haben die Behörden in der Stadt Kaduna eine 24-stündige Ausgangssperre verhängt. Mit der Massnahme solle die Situation unter Kontrolle gebracht werden, erklärte Gouverneur Nasir Al-Rufai am Sonntag. Er rief die Bewohner von Kaduna zur Friedfertigkeit auf. Bei der Gewalt in Kaduna wurden in den vergangenen Tagen mindestens 55 Menschen getötet. Die Kämpfe zwischen Angehörigen der muslimischen Volksgruppe der Hausa und der christlichen Volksgruppe der Adara hatten am Donnerstag nach einem Streit auf einem Markt begonnen. Zunächst soll es zwei Tote gegeben haben. Später sollen junge Adara Hausa angriffen, Häuser niedergebrannt und Dutzende Menschen getötet haben. Im Bundesstaat Kaduna mit der gleichnamigen Provinzhauptstadt trifft der muslimisch geprägte Norden Nigerias auf den christlich geprägten Süden. In der Region kommt es immer wieder zu Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen